



Petition 90578

Familienfragen - Mehr finanzielle und rechtliche Unterstützung im Kinder- und Familienbereich

Text der Petition	Mehr finanzielle und rechtliche Unterstützung in den Bereichen: Kinderbetreuung, Familie, Erwerbstätigkeit für erwerbstätige Eltern, Elternteile mit erwerbstätigen Partner, der oft beruflich unterwegs ist.
Begründung	<p>Die meisten Menschen in Deutschland arbeiten jeden Tag nur dafür um überleben zu können und nicht um zu leben. In den meisten Fällen trägt ein Partner mit seinem Gehalt nur die Kosten für die Betreuung der Kinder. Das macht das arbeiten für viele Deutsche einfach nicht mehr attraktiv. Jeder Mensch möchte sich und seinen Kindern, dafür das er jeden Tag aufsteht , seine Kinder in fremde Hände gibt um arbeiten zu gehen zu können, etwas gönnen. Nur leider kann dies kaum noch jemand in Deutschland. Kitagebüren von 200 bis 800 Euro und mehr kann sich kaum noch einer leisten.</p> <p>Alle Kitas sollten in die Obhut des Staates übergehen. Keine Gemeinden und Länder die unterschiedliche Preise und Öffnungszeiten haben. Deutschlandweit einheitliche Öffnungszeiten von 06:00 - 18:00 Uhr, kostenlose Kitaplätze für jedes Kind und Kinderbetreuer die verbeamtet werden ! Das wäre ein riesiger Schritt in die richtige Richtung. Hundertausende Mütter könnten erwerbstätig werden, Geld verdienen, Steuern zahlen und die Wirtschaft mit ankurbeln. Junge Menschen können es sich wieder leisten Kinder zu zeugen, die später einmal zusätzliche Steuerzahler werden. Ein Elternteil das in einer Partnerschaft lebt mit einem Partner, der beruflich viel unterwegs ist, ist in Deutschland so gut wie nicht vermittelbar. Selbst der Anspruch auf Arbeitslosengeld I wird bei vielen Elternteil versagt, da sie keine Betreuung der Kinder nachweisen können. Somit rutscht dieses Elternteil in Harz IV. Und selbst dort bekommen viele Elternteile keine finanzielle Unterstützung, weil einige Partner "zu viel verdienen". Diese Elternteile sind dann nicht einmal krankenversichert wie es zb. bei vielen Soldatenfrauen der Fall ist. Der Bürger wird vom Gesetz dafür bestraft, dass er eine Arbeit nachgeht oder sogar seinem Land dient und dabei sogar Wochen oder Monate nicht zu Hause ist. Doppelte Haushaltsführungen, Reisekosten uvm. wird meistens nur zum Teil erstattet oder gar nicht. Dieser Partner ist in diesem Moment alleinerziehend und erzieht die Kinder, die später einmal Steuern an die Bundesrepublik Deutschland zahlen werden und an dessen Wirtschaft teilnehmen werden. Diese alleinerziehenden Partner machen so viel und können gar nicht in diesen Zeiten erwerbstätig sein. Und trotzdem bekommen sie keine staatliche Hilfe. Arbeitslosengeld I sollte keine Bedingungen haben für Menschen, die in Arbeit waren und es sich verdient haben. Alleinerziehenden Partnern sollte es frei stehen zu arbeiten oder nicht so lange wie der andere Partner auf Dienstreisen ist. Und der Staat sollte diese Menschen finanziell entlasten und ihnen bei Seite stehen. Allgemein ist zu sagen, dass es in Deutschland unattraktiv ist, einer Arbeit nachzugehen, da der Bürger komplett auf sich allein gestellt ist. Der Staat sollte sich mehr um diese Menschen kümmern.</p>

